

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 47	FREITAG, DEN 23. OKTOBER	2009
Tag	Inhalt	Seite
20. 10. 2009	Verordnung über eine Repräsentativerhebung zum Zwecke der Erstellung eines Sportentwicklungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg neu: 29-1-4	365
20. 10. 2009	Verordnung über das Naturschutzgebiet Rothsteinsmoor neu: 791-1-45, 791-1-40	367
20. 10. 2009	Verordnung zur Anpassung von Verordnungen im Zuständigkeitsbereich der Justizbehörde an das FGG-Reformgesetz 300-10, 300-12, 300-13, 3100-7, 400-4, 300-6, 315-14	370

Angaben unter dem Vorschiffentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Verordnung über eine Repräsentativerhebung zum Zwecke der Erstellung eines Sportentwicklungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg Vom 20. Oktober 2009

Auf Grund von § 2 Absatz 3 des Hamburgischen Statistikgesetzes vom 19. März 1991 (HmbGVBl. S. 79, 474), zuletzt geändert am 17. Februar 2009 (HmbGVBl. S. 29, 34), wird verordnet:

§ 1

Anordnung als Landesstatistik

Zum Zwecke der Erstellung eines Sportentwicklungsplans mit dem Ziel der Verbesserung des Sportangebotes für die Bürgerinnen und Bürger wird in der Freien und Hansestadt Hamburg eine Repräsentativerhebung als Landesstatistik durchgeführt.

§ 2

Kreis der zu Befragenden

Die Befragung erstreckt sich auf eine repräsentative Auswahl von 25.000 Bürgerinnen und Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg, die nach einem Zufallsverfahren aus

dem Melderegister ausgewählt werden, auf die Sportvereine, die Mitglied im Hamburger Sportbund e.V. sind.

§ 3

Erhebungs- und Berichtszeitraum

Erhebungs- und Berichtszeitraum ist die Zeit vom 1. November 2009 bis zum 31. Dezember 2009.

§ 4

Art der Erhebung

Die Erhebung wird als schriftliche Befragung mittels Fragebogens entsprechend den sich aus der Anlage ergebenden Fragestellungen durchgeführt. Der Fragebogen wird den aus-

gewählten Bürgerinnen und Bürgern sowie den Sportvereinen zugesandt.

§ 5

Erhebungsmerkmale

Erhebungsmerkmale sind:

1. bei den repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern
 - a) persönliche Angaben,
 - b) grundsätzliche Angaben zu den Sportaktivitäten der Befragten,
 - c) Angaben zum Besuch von Sportveranstaltungen als Zuschauerin und Zuschauer,
 - d) Einzelheiten und Modalitäten der Sportaktivitäten der Befragten,
 - e) Angaben zu beabsichtigten künftigen Sportaktivitäten der Befragten,
 - f) Gründe für das Nichtbetreiben von Sportaktivitäten,
 - g) Anmerkungen und Anregungen für den Sport in Hamburg;
2. bei den Sportvereinen
 - a) allgemeine Informationen zum Sportverein,
 - b) Angaben zu den Sportangeboten,
 - c) Angaben zur Personalsituation,
 - d) Angaben zur Sportanlagensituation,
 - e) Angaben zur Finanzsituation,

- f) Angaben zu Kooperationen,
- g) Anregungen.

§ 6

Hilfsmerkmale

Hilfsmerkmale sind Name und Anschrift (Straße, Hausnummer) der im Rahmen einer Zufallsstichprobe aus dem Melderegister erhobenen Daten von Bürgerinnen und Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg.

§ 7

Auskunftspflicht

Bei der Erhebung besteht keine Auskunftspflicht.

§ 8

Durchführung

Die Statistik wird von der Behörde für Kultur, Sport und Medien durchgeführt. Die Behörde für Kultur, Sport und Medien ist befugt, die im Rahmen dieser Statistik erforderliche Erhebung und Aufbereitung des Zahlenmaterials durch Dritte durchführen zu lassen. Dabei sind die Vorgaben gemäß § 5 Absatz 2 des Hamburgischen Statistikgesetzes einzuhalten.

§ 9

Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt nach Ablauf von drei Jahren nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 20. Oktober 2009.

Anlage

Liste der Erhebungsmerkmale

I.

Befragung der Bürgerinnen und Bürger

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Persönliche Angaben <ol style="list-style-type: none"> 1.1 Geschlecht 1.2 Alter 1.3 höchster Bildungsabschluss beziehungsweise angestrebter Abschluss 1.4 Staatsangehörigkeit 1.5 Angaben zum Migrationshintergrund 2. Grundsätzliche Angaben zu den Sportaktivitäten der Befragten <ol style="list-style-type: none"> 2.1 Angabe, ob die oder der Befragte Sport treibt 2.2 Angabe, ob die oder der Befragte Mitglied eines Sportvereins ist | <ol style="list-style-type: none"> 3. Angaben zum Besuch von Sportveranstaltungen als Zuschauerin oder Zuschauer <ol style="list-style-type: none"> 3.1 Angabe, ob die oder der Befragte gelegentlich Sportveranstaltungen als Zuschauerin oder Zuschauer besucht 3.2 Sportarten und Häufigkeit des Besuchs der Sportveranstaltungen 4. Einzelheiten und Modalitäten der Sportaktivitäten der oder des Befragten <ol style="list-style-type: none"> 4.1 Angaben zu von der oder dem Befragten betriebenen Sportarten 4.2 Häufigkeit der Sportaktivitäten 4.3 Zeitlicher Umfang der Sportaktivitäten 4.4 Form der Organisation der Sportaktivitäten (insbesondere Verein, kommerzieller Anbieter) 4.5 Persönliche Motivation der oder des Befragten für die Sportaktivitäten |
|--|--|

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 4.6 Art der Sportstätte, in der die oder der Befragte die Sportaktivitäten ausübt 4.7 Ort, von dem aus die oder der Befragte regelmäßig zur Sportstätte anreist 4.8 Angaben zu den Verkehrsmitteln, mit denen die oder der Befragte zur Sportstätte anreist 4.9 Persönliche Beurteilung des Zustandes der Sportstätte 4.10 Angaben zum Ort der Sportstätte 5. Angaben zu beabsichtigten künftigen Sportaktivitäten der oder des Befragten 6. Gründe für das Nichtbetreiben von Sportaktivitäten 7. Anmerkungen und Anregungen für den Sport in Hamburg | <ul style="list-style-type: none"> 3. Angaben zur Personalsituation 3.1 Anzahl der in dem Sportverein tätigen Personen und Angaben zu den Beschäftigungsverhältnissen 3.2 Angaben zu Personalproblemen 4. Angaben zur Sportanlagensituation 4.1 Angaben zu den Orten der Durchführung der Sportangebote 4.2 Angaben zur Fremdnutzung etwaiger vereinseigener Sportanlagen 4.3 Bewertung der Qualität der Sportanlagen 4.4 Angaben zu zusätzlichen Sportanlagen- beziehungsweise Sportanlagenzeitenbedarfen 5. Angaben zur Finanzsituation 5.1 Angaben zur Finanzierung des Sportvereins 5.2 Einschätzung der finanziellen Situation des Sportvereins 5.3 Angaben zu Feldern, bei denen Finanzmittelbedarfe bestehen beziehungsweise zu Belastungen, die finanzielle Probleme bereiten 5.4 Angaben zu den wesentlichen Ursachen finanzieller Probleme 5.5 Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Förderungen 6. Angaben zu Kooperationen 6.1 Angaben zu Kooperationen mit anderen Einrichtungen 6.2 Angaben zu Problemen bei Kooperationen 6.3 Angaben zu etwaigen Wünschen nach engeren Kooperationen mit anderen Sportvereinen 6.4 Bewertung der Kooperation mit den Bezirksämtern 6.5 Bewertung der Kooperation mit dem Hamburger Sportbund e.V. beziehungsweise mit der Hamburger Sportjugend 7. Anregungen |
|---|---|

II.

Befragung der Sportvereine

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 1. Allgemeine Informationen zum Sportverein 1.1 Name, Anschrift und Homepage des Vereins 1.2 Persönliche Angaben zu der den Fragebogen ausfüllenden Person 2. Angaben zu den Sportangeboten 2.1 Angabe dazu, welche Sportangebote der Sportverein durchführt 2.2 In dem Sportverein schwerpunktmäßig angenommene Sportangebote 2.3 Zielgruppen der Sportangebote 2.4 Angabe dazu, welche Sportangebote zunehmend weniger oder mehr nachgefragt werden 2.5 Beabsichtigte Erweiterungen oder Beschränkungen des Sportangebotes 2.6 Konkrete Erweiterungen oder Beschränkungen des Sportangebotes in den letzten drei Jahren | <ul style="list-style-type: none"> 3. Angaben zur Personalsituation 3.1 Anzahl der in dem Sportverein tätigen Personen und Angaben zu den Beschäftigungsverhältnissen 3.2 Angaben zu Personalproblemen 4. Angaben zur Sportanlagensituation 4.1 Angaben zu den Orten der Durchführung der Sportangebote 4.2 Angaben zur Fremdnutzung etwaiger vereinseigener Sportanlagen 4.3 Bewertung der Qualität der Sportanlagen 4.4 Angaben zu zusätzlichen Sportanlagen- beziehungsweise Sportanlagenzeitenbedarfen 5. Angaben zur Finanzsituation 5.1 Angaben zur Finanzierung des Sportvereins 5.2 Einschätzung der finanziellen Situation des Sportvereins 5.3 Angaben zu Feldern, bei denen Finanzmittelbedarfe bestehen beziehungsweise zu Belastungen, die finanzielle Probleme bereiten 5.4 Angaben zu den wesentlichen Ursachen finanzieller Probleme 5.5 Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Förderungen 6. Angaben zu Kooperationen 6.1 Angaben zu Kooperationen mit anderen Einrichtungen 6.2 Angaben zu Problemen bei Kooperationen 6.3 Angaben zu etwaigen Wünschen nach engeren Kooperationen mit anderen Sportvereinen 6.4 Bewertung der Kooperation mit den Bezirksämtern 6.5 Bewertung der Kooperation mit dem Hamburger Sportbund e.V. beziehungsweise mit der Hamburger Sportjugend 7. Anregungen |
|--|---|

Verordnung über das Naturschutzgebiet Rothsteinsmoor

Vom 20. Oktober 2009

Auf Grund der §§ 15, 16 und 17 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 9. Oktober 2007 (HmbGVBl. S. 356, 392) in Verbindung mit § 27 Nummer 3 des Hamburgischen Jagdgesetzes vom 22. Mai 1978 (HmbGVBl. S. 162), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 257), wird verordnet:

§ 1

Naturschutzgebiet

Die in der Anlage grün eingezeichnete, in der Gemarkung Langenhorn belegene Fläche wird zum Naturschutzgebiet erklärt.

§ 2

Schutzzweck

Das Naturschutzgebiet dient dem Schutz, der Erhaltung und der Entwicklung eines repräsentativen, nacheiszeitlich geprägten Ausschnittes einer ehemals großflächig zusammen-

hängenden Hochmoorlandschaft. Das Naturschutzgebiet sichert einen vielfältigen Lebensraumkomplex aus Moor, Heide, Kleingewässer, Sumpfgewächse und Düne mit ihren darin beheimateten Lebensgemeinschaften und dient als Lebensraum für seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten wie Gagelstrauch, Wollgras, Mittlerer Sonnentau, Besenheide, Glockenheide, Bergsandglöckchen, Heidenelke, Sumpfbärlapp, Keulenbärlapp sowie Amphibien, Libellen, Wärme liebende Insekten, Spinnen und Schmetterlinge.

§ 3

Gebote

Im Naturschutzgebiet ist es geboten,

1. im Bestand stark gefährdete oder vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten durch geeignete Maßnahmen zu erhalten und zu fördern, insbesondere durch verstärkten Schutz sowie durch Pflege und Entwicklung ihrer Biotope sowie durch Gewährleistung ihrer sonstigen Lebensbedingungen,
2. Pflegemaßnahmen zum Erhalt von Moorflächen durchzuführen,
3. Trockenheiden, Magerrasen, Trockenrasen, Moorwiesen, Hochmoor- und Übergangsmoorbereiche von aufkommendem Baumbewuchs freizuhalten und zu pflegen,
4. Trampelpfade zu beseitigen,
5. die Bevölkerung über den Schutzzweck in geeigneter Weise zu informieren.

§ 4

Verbote

(1) Im Naturschutzgebiet ist es verboten,

1. Pflanzen und Pilze oder einzelne Teile von ihnen abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder sonst zu beschädigen,
2. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder Nester wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,
3. bauliche Anlagen jeglicher Art, auch wenn sie keiner bauordnungsrechtlichen Genehmigung bedürfen, Frei- und Rohrleitungen, Maste, Einfriedungen sowie Wege, Treppen, Brücken oder Stege zu errichten, anzulegen oder zu verändern,
4. Fischlaich oder Fische auszubringen oder Fische zu angeln,
5. das Gebiet zu betreten oder zu befahren,
6. zu reiten,
7. Hunde frei laufen zu lassen,
8. in den Gewässern zu baden,

9. Schiffsmodelle auf den Gewässern fahren zu lassen,
10. die Ruhe der Natur durch Lärmen oder auf andere Weise zu stören,
11. brennende oder glimmende Gegenstände oder Glas wegzwerfen oder zurückzulassen oder Feuer zu machen,
12. zu zelten oder zu lagern,
13. das Gebiet durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen,
14. Bild- oder Schrifttafeln anzubringen,
15. Aufschüttungen oder Bohrungen vorzunehmen, die Bodengestalt, die Gestalt des Teiches und seiner Ufer durch Grabungen, den Abbau oder durch Einbringen von Bodenbestandteilen oder auf sonstige Weise zu verändern,
16. die Jagd auszuüben,
17. den Wasserhaushalt zu verändern.

(2) Von den Verboten des Absatzes 1 gelten nicht:

1. Die Nummern 1 bis 3, 5, 10, 14 und 15 sowie 17 für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die zuständige Behörde,
2. die Nummern 1 und 5 für Maßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung sowie die Nummern 1, 3, 5 und 15 für die Beprobung und Unterhaltung der Grundwassermessstellen, soweit hierdurch der Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 nicht erheblich beeinträchtigt werden,
3. die Nummern 1, 2 und 16 sowie die Nummer 5 für das Betreten des Gebietes für die ordnungsgemäße Ausübung des Tierschutzes nach § 22 a Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2850), zuletzt geändert am 26. März 2008 (BGBl. I S. 426, 439), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig nach § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten des § 4 Absatz 1 zuwiderhandelt.

§ 6

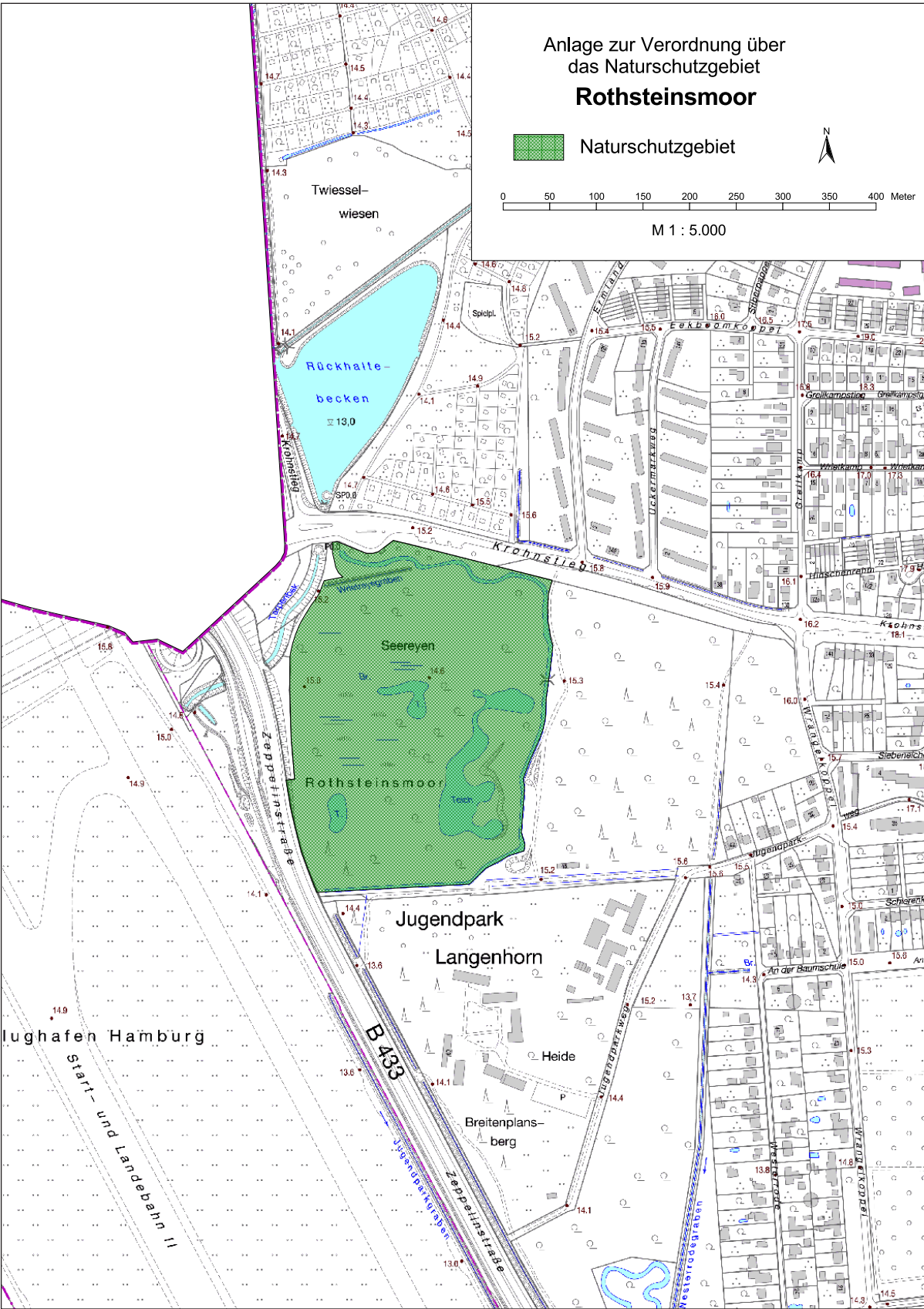
Außerkräfttreten

Die Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Langenhorn, Fuhlsbüttel und Klein Borstel vom 31. Mai 1960 (HmbGVBl. S. 325), zuletzt geändert am 5. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 375, 376), tritt außer Kraft, soweit Flächen durch diese Verordnung unter Schutz gestellt werden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 20. Oktober 2009.

Anlage



Verordnung
zur Anpassung von Verordnungen
im Zuständigkeitsbereich der Justizbehörde an das FGG-Reformgesetz

Vom 20. Oktober 2009

Artikel 1

Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Gerichtswesen

Auf Grund von § 23d Satz 2 und § 72 Absatz 2 Satz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474, 2476), § 1558 Absatz 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. 2002 I S. 45, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert am 28. September 2009 (BGBl. I S. 3161), und § 19 Absatz 1 Satz 2 des Rechtspflegergesetzes vom 5. November 1969 (BGBl. I S. 2065), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474, 2476), wird verordnet:

Der Einzige Paragraph der Weiterübertragungsverordnung-Gerichtswesen vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233, 235), zuletzt geändert am 9. Dezember 2008 (HmbGVBl. S. 427, 428), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 3 werden hinter dem Wort „Gerichtsverfassungsgesetzes“ die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.
2. Nummer 5 erhält folgende Fassung: „5. § 23d Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes und § 1558 Absatz 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,“.
3. Nummer 8 erhält folgende Fassung: „8. § 72 Absatz 2 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes,“.
4. In Nummer 14 werden hinter dem Wort „Rechtspflegergesetzes“ die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

Artikel 2

Änderung der Verordnung
zur Weiterübertragung von Ermächtigungen zum Erlass
von Rechtsverordnungen über den elektronischen
Rechtsverkehr in Verfahren der Gerichte
und der Staatsanwaltschaft

Auf Grund von § 14 Absatz 4 Satz 3, § 292 Absatz 2 Satz 4 und § 347 Absatz 6 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr vom 1. August 2006 (HmbGVBl. S. 455), zuletzt geändert am 9. Dezember 2008 (HmbGVBl. S. 427, 428), wird wie folgt geändert:

1. Der Kurztitel erhält folgende Fassung: „Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr bei Gerichten und der Staatsanwaltschaft“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Nummer 2 erhält folgende Fassung: „2. § 14 Absatz 4 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517),“.
 - 2.2 Nummer 3 erhält folgende Fassung: „3. § 292 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen

und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,“.

- 2.3 Nummer 4 erhält folgende Fassung: „4. § 347 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,“.

Artikel 3

Änderung der Weiterübertragungsverordnung-
elektronischer Rechtsverkehr

Auf Grund von § 387 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), wird verordnet:

§ 1 Nummer 3 der Weiterübertragungsverordnung-elektronischer Rechtsverkehr vom 2. Januar 2007 (HmbGVBl. S. 1, 2) erhält folgende Fassung: „3. § 387 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517),“.

Artikel 4

Änderung der Weiterübertragungsverordnung-Prozessrecht

Auf Grund von § 260 Absatz 1 Satz 2 und § 376 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), § 814 Absatz 3 Satz 2 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2005 I S. 3205, 2006 I S. 431, 2007 I S. 1781), zuletzt geändert am 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145, 3147), wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-Prozessrecht vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233, 234), zuletzt geändert am 9. Dezember 2008 (HmbGVBl. S. 427, 428), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 erhält folgende Fassung: „2. § 260 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517),“.

2. Nummer 13 erhält folgende Fassung: „§ 376 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,“.
3. Die Nummern 14 bis 17 werden aufgehoben.
4. Die Nummern 18 bis 26 werden neue Nummern 14 bis 22.

Artikel 5

Änderung der Weiterübertragungsverordnung- Bürgerliches Recht

Auf Grund von § 107 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), § 74 Absatz 2 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert am 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2693), und § 5 Absatz 2 Satz 1 des Adoptionswirkungsgesetzes vom 5. November 2001 (BGBl. I S. 2950, 2953), zuletzt geändert am 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2729), wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-Bürgerliches Recht vom 20. August 2002 (HmbGVBl. S. 233), geändert am 9. Dezember 2008 (HmbGVBl. S. 427, 429), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 4 erhält folgende Fassung: „4. § 107 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517),“.
2. In Nummer 5 wird die Textstelle „§ 50 Absatz 1 Satz 3 des Personenstandsgesetzes“ durch die Textstelle „§ 74 Absatz 1 Nummer 6 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert am 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2693)“ ersetzt.
3. In Nummer 8 wird die Textstelle „17. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3171, 3173)“ durch die Textstelle „17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2729)“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit des Amtsgerichts Hamburg in Zivil- und Handelssachen sowie für die Erledigung inländischer Rechtshilfeersuchen

Auf Grund von § 74 Absatz 2 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert am 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2693), § 1069 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 2 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2005 I S. 3205, 2006 I S. 431, 2007 I S. 1781), zuletzt geändert am 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145, 3147), § 376 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), und § 23d Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474, 2476), wird verordnet:

Die Verordnung über die Zuständigkeit des Amtsgerichts Hamburg in Zivil- und Handelssachen sowie für die Erledigung inländischer Rechtshilfeersuchen vom 1. September 1987 (HmbGVBl. S. 172), zuletzt geändert am 7. Dezember 2006 (HmbGVBl. S. 603), wird wie folgt geändert:

1. Die Präambel wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Die Textstelle „§ 50 Absatz 1 Satz 3 des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 8. August 1957 (Bundesgesetzblatt I Seite 1126)“ wird durch die Textstelle „§ 74 Absatz 2 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I

S. 122), zuletzt geändert am 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2693),“ ersetzt.

- 1.2 Die Textstelle „§ 4 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 2 des EG-Zustellungsdurchführungsgesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1536)“ wird durch die Textstelle „§ 1069 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 2 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. 2005 I S. 3205, 2006 I S. 431, 2007 I S. 1781), zuletzt geändert am 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145, 3147),“ ersetzt.

- 1.3 Die Textstelle „§ 55 Absatz 2, § 1558 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 481),

§ 125 Absatz 2, § 145a Satz 1, § 149 Satz 2 und § 160b Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, zuletzt geändert am 28. Oktober 1994 (Bundesgesetzblatt I Seiten 3210, 3265),

§ 70 Absatz 6 Satz 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, zuletzt geändert am 17. Dezember 1990 (Bundesgesetzblatt I Seiten 2847, 2857),

§ 4 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen, zuletzt geändert am 24. Juni 1994 (Bundesgesetzblatt I Seiten 1325, 1362),“

wird durch die Textstelle

„§ 376 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), § 23d Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474, 2476),“ ersetzt.

2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 In Nummer 6 wird die Bezeichnung „§ 50 Absatz 1“ durch die Bezeichnung „§ 74 Absatz 1 Nummer 6“ ersetzt.
 - 2.2 Nummer 8 erhält folgende Fassung: „8. die Aufgaben der Übermittlungsstelle für außergerichtliche Schriftstücke und der Empfangsstelle im Sinne von Artikel 2 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates (ABl. EU Nr. L 324 S. 79),“.
 - 2.3 Nummer 11 erhält folgende Fassung: „11. die Führung des Vereinsregisters,“.
 - 2.4 Hinter Nummer 14 wird folgende Nummer 15 eingefügt: „15. die Führung des Genossenschaftsregisters,“.
 - 2.5 Hinter der neuen Nummer 15 wird folgende neue Nummer 16 eingefügt: „16. die unternehmensrechtlichen Verfahren nach § 375 Nummern 1 und 3 bis 14 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,“.
 - 2.6 Die bisherigen Nummern 15 und 16 werden Nummern 17 und 18.
 - 2.7 Die bisherige Nummer 17 wird Nummer 19 und enthält folgende Fassung: „19. die Verfahren bei Freiheitsentziehungen nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit,“.

3. In § 2 wird die Textstelle „§ 70 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ durch die Textstelle „§ 151 Nummer 7 und § 312 Nummer 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ ersetzt.

Artikel 7

Aufhebung der Weiterübertragungsverordnung-Registerrecht

Auf Grund von § 8a Absatz 2 Satz 3 des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 (BGBl. III 4100-1), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2519), auch in Verbindung mit § 5 Absatz 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert am 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026, 2043), und § 156 Absatz 1 und § 161 Absatz 1 Satz 3 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2231), zuletzt geändert am 25. Mai 2009 (BGBl. I S. 1102, 1124), § 55a Absatz 1 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 2. Januar 2002 (BGBl. 2002 I S. 45, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert am 28. September

2009 (BGBl. I S. 3161), § 387 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512, 2517), § 23d Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert am 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474, 2476), und nach § 11 Absatz 3 Satz 1 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert am 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026, 2043), wird verordnet:

Die Weiterübertragungsverordnung-Registerrecht vom 4. September 2001 (HmbGVBl. S. 333) in der geltenden Fassung wird aufgehoben.

Artikel 8

Inkrafttreten

Auf Grund der in den Präambeln der Artikel 1 bis 7 genannten Rechtsvorschriften wird ferner verordnet:

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 2009 in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,
Hamburg, den 20. Oktober 2009.